

Mahnwachen der dbb jugend in acht Bundesländern

Jugend mahnt die Arbeitgeber zum Handeln



Vor dem KAV Berlin, v.l.n.r.: Claudia Pfeiffer, Geschäftsführerin des KAV Berlin, Astrid Hollmann, Stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und Sandra Kothe, Vorsitzende der dbb jugend

Zu dezentralen Mahnwachen versammelten sich am 13. April 2016 in acht Bundesländern viele junge Beschäftigte des öffentlichen Dienstes vor den Geschäftsstellen der kommunalen Arbeitgeberverbände. Die Vorsitzende der dbb jugend, Sandra Kothe, war in Berlin vor Ort. Neben Berlin haben sich engagierte junge Gewerkschafter zeitgleich zu Mahnwachen in Stuttgart, München, Frankfurt am Main, Kiel, Mainz, Dresden und Halle an der Saale getroffen.

Unbefristete Übernahme jetzt!

Sandra Kothe stellte im Gespräch mit Claudia Pfeiffer, Geschäftsführerin des KAV Berlin, klar: „Gerade die Befristungen für Berufseinsteiger schrecken viele Auszubildende ab, denen so eine Perspektive und Verlässlichkeit fehlt. Sie suchen sich dann eher einen Arbeitsplatz in der Privatwirtschaft. Das verschärft den Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst nochmals enorm.“

Die jungen Gewerkschafter hatten zur Mahnwache Schilder mit der Aufschrift „Vorfahrt für die Jugend“, „BefristungsSTOP“, „Baustelle öffentlicher Dienst“ und „Öffentlichen Dienst wiederbeleben“ dabei. Damit wiesen sie darauf hin, dass bis 2023 etwa 700.000 Beschäftigte in den Ruhestand gehen und die Bewerberzahlen für den öffentlichen Dienst rückläufig sind. Sandra Kothe: „Wir müssen jungen Menschen im öffentlichen Dienst eine Perspektive bieten und sie nach bestandener Ausbildung endlich übernehmen. Wir können nicht verstehen, dass die Arbeitgeber es seit Jahren nicht schaffen, eine verlässliche Regelung für eine unbefristete garantierte Übernahme zu schaffen. Es kann auch nicht sein, dass unsere Azubis etwa 50 Euro ihrer Reisekosten zu den auswärtigen Berufsschulen selber tragen müssen. Wo kommen wir denn hin, dass wir zur Arbeit noch unser eigenes Geld mitbringen müssen?“

Investition in die Zukunft!

So sahen das auch zahlreiche andere Teilnehmer der Mahnwachen. Steven Werner, Sprecher der AG Jugend in Europa, sagte: „Die Arbeitgeber

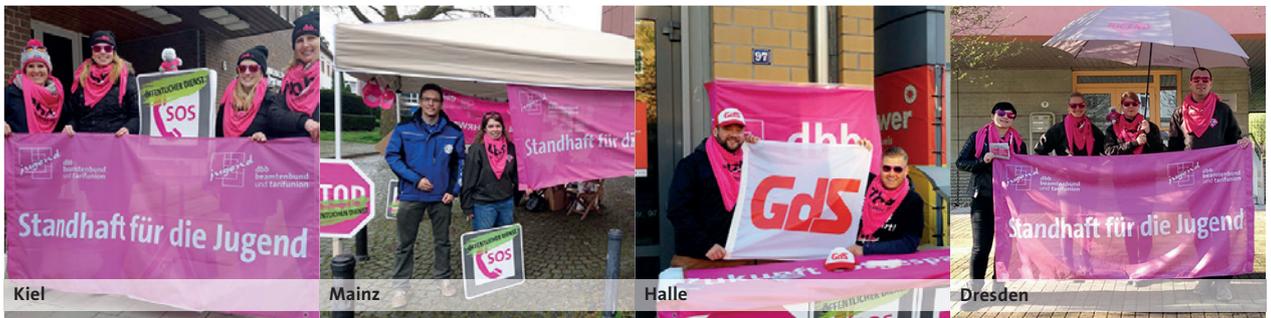


Stuttgart

München

Frankfurt





sprechen von hohen Kosten, die durch einen Tarifabschluss verursacht würden. Wir stehen heute hier um zu zeigen, dass die Beschäftigten nicht als Kosten, sondern eher als Investition in die Zukunft begriffen werden sollten.“ Das unterstützte auch der stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, Steffen Kollmanns: „Ich bin heute hier, um ein deutliches Zeichen zu setzen, dass ein zukunftsfähiger öffentlicher Dienst und somit ein handlungsfähiger Staat nicht zum Nulltarif zu haben sind. Das betrifft auch die unbefristete Übernahme der Auszubildenden.“ Und Torsten Jaene (DPVKOM) stellte fest: „Klar ist, dass der öffentliche Dienst mit seiner Befristungspolitik ein schlechtes Vorbild für die Privatwirtschaft ist.“

Laut einer IAB-Studie ist der öffentliche Dienst negativer Spitzenreiter bei Befristungen. Davon überproportional stark betroffen ist die Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen. Die dbb jugend fordert daher in der Einkommensrunde 2016 neben einer Erhöhung der Azubientgelte um 100 Euro, 30 Tagen Urlaub und Verbesserungen bei den Reisekosten insbesondere auch die unbefristete Übernahme. Von der Einkommensrunde sind deutschlandweit 2,4 Millionen Beschäftigte sowie über 100.000 Azubis und Praktikanten unmittelbar und mittelbar betroffen.



Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der dbb beamtenbund und tarifunion weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de